

Adolphsen Europäisches Zivilverfahrensrecht

Artikel 4 EuGVO

(1) Vorbehaltlich der Vorschriften dieser Verordnung sind Personen, die ihren Wohnsitz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats haben, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit vor den Gerichten dieses Mitgliedstaats zu verklagen.

(2) Auf Personen, die nicht dem Mitgliedstaat, in dem sie ihren Wohnsitz haben, angehören, sind die für Staatsangehörige dieses Mitgliedstaats maßgebenden Zuständigkeitsvorschriften anzuwenden.

2. Auflage



Springer

Adolphsen Europäisches Zivilverfahrensrecht

Artikel 4 EuGVO

(1) Vorbehaltlich der Vorschriften dieser Verordnung sind Personen, die ihren Wohnsitz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats haben, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit vor den Gerichten dieses Mitgliedstaats zu verklagen.

(2) Auf Personen, die nicht dem Mitgliedstaat, in dem sie ihren Wohnsitz haben, angehören, sind die für Staatsangehörige dieses Mitgliedstaats maßgebenden Zuständigkeitsvorschriften anzuwenden.

2. Auflage



Springer

Springer-Lehrbuch

Jens Adolphsen

Europäisches Zivilverfahrensrecht

2. Auflage



Springer

Jens Adolphsen
Justus-Liebig-Universität Gießen
Giessen
Deutschland

ISSN 0937-7433

Springer-Lehrbuch

ISBN 978-3-662-44383-5

ISBN 978-3-662-44384-2 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-662-44384-2

Springer Heidelberg NewYork Dordrecht London

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer

© Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2011, 2015

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer-Verlag Berlin Heidelberg ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media (www.springer.com)

Vorwort

Im Mittelpunkt der Neuauflage steht die neue EuGVO, die seit dem 10.1.2015 gilt. In den letzten Jahren hat sich die EuGVO klar zum Fixpunkt des Europäischen Zivilverfahrensrechts entwickelt – aus deutscher Sicht liegt die Qualifizierung als Allgemeiner Teil nahe. Das zeigt, welche Bedeutung die Neufassung für den gesamten Rechtsbereich hat.

Der EuGH hat in den letzten Jahren nach der Änderung der Vorlagekompetenz eine Fülle von Entscheidungen getroffen. Gleichzeitig hat sich die EU-Kommission mit dem ihr eigenen Eifer an das Europäische Familienrecht gemacht und hierbei Verordnungen erlassen, die auch das internationale Verfahrensrecht betreffen.

Insgesamt war in vielen Gesetzgebungsverfahren die krisenhafte Situation in der EU spürbar – eine Zeit für Visionen waren die letzten Jahre sicher nicht. Vieles ist Stückwerk, aus Reformen wurden Reförmchen, die um sich selbst kreisten. Eine Konsolidierung des Europäischen Zivilverfahrensrechts wird drängend. Ob die EU dazu die Kraft hat, ist zu hoffen.

Größten Dank schulde ich meinem Mitarbeiter *Johannes Bachmann*, der mit enormem Fleiß und Weitblick die Neubearbeitung begleitet hat.

Bei der Fülle der vorgenommenen Änderungen werden Fehler vorgekommen sein. Bitte teilen Sie mir diese, aber gern auch Kritik und Anregungen mit (jens.adolphsen@recht.uni-giessen.de).

Die Neuauflage befindet sich auf dem Stand vom Dezember 2014.

Viel Erfolg beim Lernen!

Gießen, im Dezember 2014

Jens Adolphsen

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2010)

Europäisches Zivilprozessrecht ist eine zunehmend wichtige Materie geworden, sowohl für die Ausbildung als auch für die Praxis. Gerichtsverfahren laufen immer öfter grenzüberschreitend ab. Europäisches Zivilprozessrecht ist zudem eine faszinierende Materie. Wohl selten lässt sich auf der Ebene des Sekundärrechts das Zusammenwachsen Europas derart plastisch nachvollziehen, wie bei der Bildung des Europäischen Rechtsraums. Dessen Bildung verlief – trotz Streits um die Europäische Verfassung, nationale Referenden und letztlich Lissabon Vertrag – lange Zeit überraschend harmonisch. Erst jetzt kommt bei der Diskussion um ein liberales Scheidungsrecht plötzlich auch hier Streit auf.

All das rechtfertigt eine auch für den Lernenden verständliche Gesamtdarstellung dieser spannenden Materie.

Dieses Buch will dem Lernenden – Studenten wie Praktiker – die aktuelle Entwicklung des Europäischen Zivilverfahrensrechts vorstellen. Dabei habe ich mich entschieden, die Gerichtsverfahren in Zivil- und Handelssachen in den Mittelpunkt zu stellen, aber auch auf Materien wie das Internationale Insolvenzrecht, das Europäische Familienrecht und die Internationale Schiedsgerichtsbarkeit einzugehen.

Faszination einer Materie soll nicht zu einer unkritischen Hinnahme von Fehlentwicklungen führen: Die Dynamik der Bildung des Rechtsraums hat inzwischen auch zu einer Unübersichtlichkeit und Komplexität geführt, die nicht ganz einfach zu durchschauen ist.

Internationales Zivilprozessrecht ist nach meiner Erfahrung auch ein sinnvoller Weg, um einen Zugang zum gemeinhin langweiligen nationalen Zivilprozessrecht zu gewinnen. Derzeit gibt es noch kein in sich geschlossenes Europäisches Zivilprozessrecht, internationales und nationales Prozessrecht greifen ineinander. Vielleicht kann dieses Buch Ansporn sein, sich auch für die Fragen des nationalen Prozessrechts zu interessieren.

Inhaltsverzeichnis

1. Kapitel Grundlagen	1
§ 1 Begriff und Entwicklung eines internationalen und europäischen Zivilverfahrensrechts	2
I. Die Internationalisierung und Globalisierung der Rechtsbeziehungen	2
II. Grundfreiheiten und europäisches Zivilverfahrensrecht	3
III. Die Begriffe IZPR und IZVR	4
IV. Historie des IZPR	5
V. Entwicklung des Zivilprozessrechts in Europa	7
VI. Rechtsquellen des internationalen und europäischen Zivilverfahrensrechts	15
VII. Stand der Entwicklung eines weltweiten internationalen Zivilprozessrechts	22
§ 2 Institutionelle Grundlagen	24
I. Rechtssetzungskompetenz für die Justizielle Zusammenarbeit	24
II. Konkurrierende Gemeinschaftskompetenzen	25
§ 3 Politische Programme und Arbeitsprogramme	26
§ 4 Rechtssetzung im Bereich des europäischen Zivilverfahrensrechts – Vom Grünbuch zum Rechtsakt	28
§ 5 Das europäische Zivilverfahrensrecht zwischen Kooperation, Harmonisierung und Vereinheitlichung	29
§ 6 Auslegung von Gemeinschaftsrecht	32
I. Auslegungskompetenz des EuGH durch Vorabentscheidung	32
II. Autonome Auslegung	33
III. Auslegungsmethoden	35
§ 7 Der Grundsatz gegenseitigen Vertrauens	37
§ 8 Gegenseitige Anerkennung als Regelungskonzept des Europäischen Zivilprozessrechts	39
§ 9 Zusammenfassung	40
 2. Kapitel Zivilverfahren mit Auslandsbezug	 43
§ 1 Zugang zum Recht	43
§ 2 Die Bedeutung des Auslandsbezugs des Rechtsstreits	45
	IX

§ 3 Gerichtsbarkeit	46
I. Begriff der Gerichtsbarkeit	46
II. Immunität ausländischer Staaten	47
III. Persönliche Immunität	50
IV. Immunität im Verfahren	50
§ 4 Zusammenhang von internationaler Zuständigkeit, internationalem Privatrecht und materiellem Recht	51
I. Internationale Zuständigkeit und Kollisionsrecht	52
II. Internationale Zuständigkeit und Verfahrensrecht	54
III. Internationale Zuständigkeit und innerstaatliche Kompetenzverteilung	55
§ 5 Ermittlung, Anwendung und Revisibilität ausländischen Rechts	55
I. Ermittlung ausländischen Rechts	56
II. Anwendung ausländischen Rechts	58
III. Revisibilität ausländischen Rechts	59
IV. Anwendung von in- und ausländischem zwingenden Recht	62
§ 6 Tätigkeit von Rechtsanwälten in Europa	67
§ 7 Zusammenfassung	69
3. Kapitel Internationale Zuständigkeit in Zivil- und Handelssachen	71
§ 1 EuGVO, LGVÜ	71
I. Einführung	71
II. Sachlicher Anwendungsbereich der EuGVO	73
III. Räumlicher Anwendungsbereich der EuGVO	78
IV. Grundsätze der Zuständigkeiten	82
V. Der allgemeine Gerichtsstand am Wohnsitz des Beklagten Art. 4 Abs. 1 EuGVO	89
VI. Die besonderen Gerichtsstände des Art. 7 EuGVO	92
VII. Die Gerichtsstände des Sachzusammenhangs des Art. 8 EuGVO	109
VIII. Zuständigkeit in Versicherungssachen Art. 10–16 EuGVO	116
IX. Zuständigkeit in Verbrauchersachen Art. 17–19 EuGVO	119
X. Zuständigkeit in Arbeitssachen Art. 20–23 EuGVO	122
XI. Ausschließliche Zuständigkeiten Art. 24 EuGVO	123
XII. Gerichtsstandsvereinbarung Art. 25 EuGVO	132
XIII. Rüge lose Einlassung Art. 26 EuGVO	143
§ 2 Zuständigkeit nach deutschem IZPR	145
I. Allgemeiner Gerichtsstand	146
II. Besondere Gerichtsstände	147
III. Gerichtsstand der Belegenheit der Sache § 24 ZPO	151
IV. Zuständigkeit bei Sachzusammenhängen	151
V. Gerichtsstandsvereinbarungen	152
VI. Rüge lose Einlassung	153
VII. Notzuständigkeit	154
§ 3 Zusammenfassung	154

4. Kapitel Verfahrenskoordination bei internationalen Prozessen.....	155
§ 1 Rechtshängigkeit in der EuGVO	156
I. Das System der Rechtshängigkeit in der EuGVO	157
II. Zeitpunkt der Rechtshängigkeit	158
III. Anwendung von Art. 29 EuGVO bei ausschließlichen Zuständigkeiten und Gerichtsstandsvereinbarungen	159
IV. Die Kernpunkttheorie des EuGH	161
§ 2 Aussetzung bei Konnexität	162
I. Verfahren in anderem Mitgliedstaat	163
II. Verfahren in Drittstaat	164
§ 3 Deutsches IZPR	165
§ 4 Zusammenfassung	166
 5. Kapitel Anerkennung und Vollstreckung	
ausländischer Entscheidungen.....	167
§ 1 Die Unterscheidung von Anerkennung und Vollstreckung	169
I. Notwendigkeit von Anerkennung und Vollstreckung	169
II. Anerkennung	169
III. Vollstreckbarerklärung	172
§ 2 Anerkennung ausländischer Entscheidungen nach der EuGVO	172
I. Anerkennungsfähige Entscheidungen	172
II. Anerkennungsfähige Urteilswirkungen	174
III. Anerkennung ex lege ohne Verfahren	179
IV. Anerkennungsversagungsgründe	180
§ 3 Anerkennung nach deutschem IZPR	185
I. Anerkennungsfähige Entscheidungen	186
II. Bestandskraft im Ausland als Anerkennungsvoraussetzung	187
III. Grundsatz automatischer Anerkennung	187
IV. Anzuerkennende Urteilswirkungen	188
V. Voraussetzungen der Anerkennung	189
§ 4 Wegfall des Vollstreckbarerklärungsverfahrens und Beibehaltung der Versagungsgründe in der EuGVO 2015	193
I. Bescheinigung zur Vollstreckung einer deutschen Entscheidung	195
II. Vollstreckung in Deutschland	196
III. Antragsverfahren auf Versagung der Anerkennung und Vollstreckung	197
IV. Rechtsbehelfe gegen Entscheidung auf Versagung der Anerkennung und Vollstreckung	197
§ 5 Vollstreckbarerklärung nach deutschem IZPR	197
I. Vollstreckbarerklärung durch Urteil	198
II. Vollstreckbarerklärungsfähige Entscheidungen	198
III. Prüfungsgegenstand	199
§ 6 Zusammenfassung	199

6. Kapitel Europäischer Vollstreckungstitel	201
§ 1 Einleitung	202
§ 2 Anwendungsbereich der EuVTVO	203
I. Sachlicher Anwendungsbereich	203
II. Räumlicher Anwendungsbereich	204
§ 3 Alternativität des Vollstreckungssystems	205
§ 4 Bestätigung als EuVT	206
I. Das Bestätigungsverfahren	206
II. Zuständigkeit für das Bestätigungsverfahren	207
III. Voraussetzungen der Bestätigung	207
IV. Rechtsbehelf des Gläubigers gegen Bestätigung	208
V. Rechtsbehelf des Schuldners gegen Bestätigung	208
VI. Berichtigung oder Widerruf der Bestätigung	209
VII. Das Verfahren der Berichtigung und des Widerrufs	210
§ 5 Die Mindestvorschriften	210
§ 6 Vollstreckung des Europäischen Vollstreckungstitels	212
I. Gleichsetzung mit nationalen Titeln	212
II. Zwangsvollstreckung aus EuVT in Deutschland	213
III. Zulässigkeit vollstreckungsrechtlicher nationaler Rechtsbehelfe	213
§ 7 Zusammenfassung	214
7. Kapitel Internationaler einstweiliger Rechtsschutz	217
§ 1 Einstweiliger Rechtsschutz und EuGVO	219
I. Internationale Zuständigkeit	219
II. Der Begriff der einstweiligen Maßnahme	221
III. Keine Koordination von Hauptsacheverfahren und einstweiligen Maßnahmen	223
IV. Anerkennung und Vollstreckung	224
§ 2 Regelung des einstweiligen Rechtsschutzes in Deutschland	225
I. Arten	225
II. Voraussetzungen	226
III. Verfahren	226
IV. Regelung der einstweiligen Verfügung	227
§ 3 Zusammenfassung	229
8. Kapitel Internationales Zustellungsrecht	231
§ 1 Ausgangslage und Interessen	231
§ 2 Europäische Zustellungsverordnung (EuZustVO)	234
I. Zustellungsarten	236
II. Sprachregelung	238
III. Bewertung	240
§ 3 Zustellungen nach dem HZÜ (1965)	240
§ 4 Deutsches Zustellungsrecht	243
I. Grundlagen autonomen deutschen Zustellungsrechts	244
II. Ergänzung des HZÜ	245
§ 5 Zusammenfassung	245

9. Kapitel Internationales Beweisrecht	247
§ 1 Europäische Beweisverordnung	249
I. Anwendungsbereich	250
II. Organisation der Rechtshilfe	251
III. Beweisaufnahme durch ersuchtes Gericht	252
IV. Unmittelbare Beweisaufnahme durch das ersuchende Gericht	253
V. Extraterritoriale Beweisbeschaffung	254
§ 2 Haager Beweisübereinkommen	254
I. Anwendungsbereich	255
II. Beweisaufnahme durch das ersuchte Gericht	256
III. Unmittelbare Beweisaufnahme durch diplomatische oder konsularische Vertreter	256
§ 3 Zusammenfassung	257
 10. Kapitel Europäisches Bagatellverfahren	259
§ 1 Einleitung	259
§ 2 Das Verfahren im Überblick	260
§ 3 Anwendungsbereich der BagatellVO	261
I. Sachlicher Anwendungsbereich	261
II. Räumlicher Anwendungsbereich	262
§ 4 Alternativität des Verfahrens	263
I. Alternativität bei nicht auf Geldzahlung gerichteten Forderungen	264
II. Alternativität bei auf Geldzahlung gerichteten Forderungen	264
III. Koordination der Verfahren	265
§ 5 Durchführung des Verfahrens	265
I. Einleitung	265
II. Weitere Durchführung des Verfahrens	266
III. Säumnis des Beklagten	266
IV. Entscheidung des Gerichts	267
V. Zustellungen	267
VI. Rechtsmittel	268
§ 6 Anerkennung und Vollstreckbarerklärung	269
§ 7 Zusammenfassung	270
 11. Kapitel Europäisches Mahnverfahren	271
§ 1 Einleitung	271
§ 2 Das Verfahren im Überblick	272
§ 3 Anwendungsbereich der EuMahnVO	273
I. Sachlicher Anwendungsbereich	273
II. Räumlicher Anwendungsbereich	273
§ 4 Alternativität des Verfahrens	274
I. Alternativen	274
II. Koordination der Verfahren	275
§ 5 Durchführung des Verfahrens	275
I. Einleitung	275
II. Zuständigkeit	276

III. Prüfung des Antrags	276
IV. Erlass des europäischen Zahlungsbefehls	277
V. Zustellung	277
VI. Rechtsbehelfe gegen europäischen Zahlungsbefehl	278
§ 6 Anerkennung und Vollstreckbarerklärung	279
I. Vollstreckbarerklärung im Ursprungsmitgliedstaat	279
II. Zwangsvollstreckung im Vollstreckungsmitgliedstaat	279
III. Verweigerung der Vollstreckung	280
IV. Aussetzung oder Beschränkung der Vollstreckung	280
§ 7 Zusammenfassung	280
12. Kapitel Europäisches Familienrecht	283
§ 1 Begriff und Entwicklung	283
I. Einleitung	283
II. Internationales Familienrecht im Vertrag von Lissabon	284
III. Entwicklung der europäischen Regelungen	284
§ 2 Die Brüssel IIa-Verordnung	288
I. Einleitung	288
II. Begriffe	289
III. Anwendungsbereich	290
IV. Internationale Zuständigkeit in Ehesachen	291
V. Internationale Zuständigkeit in Kindschaftssachen	293
VI. Internationale Zuständigkeit in Fällen von Kindesentführung	294
VII. Rechtshängigkeit	295
VIII. Anerkennung und Vollstreckbarerklärung	296
IX. Zusammenarbeit zwischen Zentralen Behörden	298
§ 3 Die EuUnterhaltsVO	298
I. Einleitung	298
II. Anwendungsbereich	299
III. Internationale Zuständigkeit	300
IV. Rechtshängigkeit	301
V. Anerkennung und Vollstreckbarerklärung	301
§ 4 Zusammenfassung	302
13. Kapitel Europäisches Erbrecht	305
§ 1 Die EU-ErbrechtsVO	306
I. Einleitung	306
II. Anwendungsbereich	307
III. Internationale Zuständigkeit	308
IV. Kollisionsrecht	309
V. Rechtshängigkeit	310
VI. Anerkennung und Vollstreckung	310
VII. Das Europäische Nachlasszeugnis (ENZ)	311
§ 2 Zusammenfassung	312

14. Kapitel Europäisches und Internationales Insolvenzrecht	313
§ 1 Grundfragen des Internationalen Insolvenzrechts	313
I. Einleitung	313
II. Insolvenzprozessrecht und Insolvenzkollisionsrecht	314
III. Kein einheitlicher Insolvenzrechtsraum	314
§ 2 Europäisches Insolvenzrecht	315
I. Historie	315
II. Europäische Insolvenzverordnung als Teil des einheitlichen Rechtsraums	316
III. Verhältnis von EuGVO und EuInsVO	316
IV. Anwendungsbereich	319
V. Internationale Zuständigkeit	321
VI. Anwendbares Recht	322
VII. Anerkennung des Insolvenzverfahrens	324
§ 3 Deutsches Internationales Insolvenzrecht	324
I. Einführung	324
II. Abgrenzung deutschen internationalen Insolvenzrechts und der EuInsVO	325
III. Internationale Zuständigkeit	326
IV. Anwendbares Recht	326
V. Anerkennung ausländischer Urteilstwirkungen in Deutschland	326
§ 4 Zusammenfassung	330
15. Kapitel Internationale Schiedsgerichtsbarkeit	333
§ 1 Wesen, Bedeutung und Vorteile internationaler Schiedsgerichtsbarkeit	333
§ 2 Relevante Rechtsquellen	335
§ 3 Schiedsvereinbarung, Schiedsverfahren und Schiedsspruch	338
I. Die Schiedsvereinbarung	338
II. Das Schiedsverfahren	351
III. Der Schiedsspruch	355
§ 4 Das Verhältnis der Schiedsgerichtsbarkeit zur staatlichen Gerichtsbarkeit	366
I. Übergewicht einer Seite bei der Zusammensetzung des Schiedsgerichts	366
II. Ersatzbestellung von Schiedsrichtern	367
III. Gerichtliche Unterstützung bei der Beweisaufnahme und sonstige richterliche Handlungen	367
IV. Vollziehbarerklärung von einstweiligen Maßnahmen des Schiedsgerichts	368
§ 5 Einstweiliger Rechtsschutz durch Schiedsgerichte	368
§ 6 Zusammenfassung	370
Literatur	371
Sachverzeichnis	385

Abkürzungen

a. A.	anderer Ansicht
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, vom 25.3.1957 (BGBl. II S. 766) als Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV) i.d.F. des Vertrags über die Europäische Union vom 7.2.1992 (BGBl. II S. 1253) zuletzt geändert durch die Akte zum Beitrittsvertrag vom 25.4.2005, ABl. L 157 vom 21.6.2005, S. 203, unter Beachtung der Änderungen durch Art. 2 u. 5 des Vertrags von Lissabon vom 13.12.2007, ABl. C 306 vom 17.12.2007, S. 1
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AJCompL	American Journal of Comparative Law
ALI	American Law Institute
All E.R.	All England Law Report
Am.Rev.Int.Arb.	American Review of International Arbitration
Anm.	Anmerkung
ArbInt.	Arbitration International. The Journal of LCIA Arbitration International
ARIPO	African Regional Industrial Property Organization, Harare, Zimbabwe
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BB	Betriebsberater
BBl	Bundesblatt (Schweiz)
Bd.	Band
BerGesVR	Berichte der Gesellschaft für Völkerrecht
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch vom 18.8.1896, in der Fassung der Bekanntmachung vom 2.1.2002 (BGBl. I S. 42, ber. S. 2909 und BGBl. 2003 I S. 738)